

Sr. Don
José Enrique Serrano Martínez
Director del Gabinete
de la Presidencia del Gobierno
Complejo de la Moncloa
Avda. Puerta de Hierro, s/n.

E- 28071 Madrid

Frankfurt am Main, den 5. September 2007

Sehr geehrter Herr Serrano Martínez,

ich danke Ihnen für Ihr ausführliches Antwortschreiben vom 8. Juni 2007. Es freut uns, von Ihnen zu erfahren, wie intensiv sich die spanische Regierung des Themas „Zuwanderung“ und der komplexen Problematik, die sich hieraus ergibt, seit Beginn ihrer Legislaturperiode angenommen hat.

Ihre Ausführungen zur Grenzanlage in Melilla und den dort eingesetzten „Sicherheitssystemen“, sind für uns jedoch einigermaßen irritierend. Deswegen wenden wir uns hiermit erneut an Sie.

Die hochmoderne Grenzanlage erfüllt wie Sie schreiben in der Tat die höchsten „Sicherheitsmaßstäbe“, was die „Undurchlässigkeit“ im Hinblick auf „irreguläre Zuwanderer“ angeht. Bei unserem Besuch in Melilla vor einigen Monaten konnten wir uns davon überzeugen, dass die Anlage erhebliche Gefahren für Leib und Leben birgt für all diejenigen Menschen, die versuchen, diese zu überwinden. So ist der Zaun mit messerscharfem Natodraht ausgerüstet. Wer sechs Meter tief auf das zwischen den Zäunen installierte Tangle-foot-System mit seinen dreidimensional gespannten Drahtseilen fällt, reißt sich zwangsläufig tiefe und zum Teil lebensgefährliche Wunden. Ein Betroffener zeigte uns nach einem längeren Krankenhausaufenthalt zahlreiche Narben und noch nicht verheilte Verletzungen, die er sich beim Sprung über den Zaun wenige Wochen zuvor zugezogen hatte.

Sie teilen uns in Ihrem Schreiben vom 8. Juni 2007 mit, dass das spanische Innenministerium die Konstruktionsfirma damit beauftragt hat, die Verletzungsgefahr am Zaun zu reduzieren. Nach uns vorliegenden Informationen ist dies jedoch bislang nicht umgesetzt worden. Es ist für uns daher nicht nachvollziehbar, wie die spanische Regierung es als erwiesen ansehen kann, dass der Zaun und sein „Anti-Eindring-System“ keine Verletzungsgefahr bergen. Von einer „kompromisslosen Achtung der Menschenrechte der Migranten“ kann hier wohl kaum die Rede sein.

Was Ihren Hinweis auf den enormen Rückgang der Zahl irregulärer Einwanderer nach Spanien im Jahr 2007 gegenüber 2006 angeht, erlauben Sie uns folgende Anmerkungen: Es mag sich für die spanische Regierung als Erfolg europäischer Abschottungspolitik darstellen,

dass es deutlich weniger Migrantinnen und Migranten (17.433 waren es zwischen Januar und Juli 2006, 7.934 im gleichen Zeitraum 2007) ohne Einreisepapiere gelingt, sicheres Territorium in Spanien zu erreichen. Schön wäre es, wenn man daraus schließen könnte, dass sich weniger Menschen in Notsituationen befinden, die sie zu Flucht und Migration zwingen. Dem ist – wie UNHCR-Zahlen belegen - jedoch keinesfalls so. Bedingt durch die verstärkte militärische Abschirmung, vor allem durch europäische FRONTEX-Einheiten, sind stattdessen immer mehr Menschen gezwungen, deutlich riskantere Wege nach Europa zu beschreiten. Sie müssen auf kleinere, für das offene Meer kaum geeignete Boote ausweichen und viel weitere Strecken zurücklegen, um nicht entdeckt zu werden. Darauf hat der für den Mittelmeerraum zuständige UNHCR-Vertreter Paolo Artini in Italien öffentlich aufmerksam gemacht. Zahlreiche Menschen überleben diese Fahrten nicht. Wie gefährlich die Überfahrt ist, hat erst vor kurzem das Flüchtlingsdrama vor Teneriffa gezeigt: Bei einem Seegang mit vier Meter hohen Wellen ertranken am 19. Juli 2007 fast 90 Menschen vor den Augen des spanischen Seerettungsnotdienstes. Es war die größte Flüchtlingskatastrophe, die sich vor der spanischen Küste bislang abgespielt hat.

Es ist nicht hinnehmbar, dass der Tod von Menschen durch die verschärfte Form militärischer Abwehrsysteme im Bestreben um eine Reduzierung ungewollter Migration billigend in Kauf genommen wird. Migration und Flucht werden dadurch nicht verhindert, sondern nur gefährlicher für die Betroffenen.

In den Booten, die Spanien erreichen, befinden sich auch immer mehr Minderjährige. Dies führt uns zu einem weiteren Thema, bei dem uns die spanische Haltung zunehmend Sorge bereitet: die Situation der unbegleiteten minderjährigen Migranten und Flüchtlinge. PRO ASYL setzt sich seit vielen Jahren für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein. In dieser Hinsicht gibt es auch in Deutschland erhebliche Defizite.

Mit Besorgnis verfolgen wir Berichte, nach denen sowohl bei der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auf den Kanarischen Inseln als auch im Hinblick auf die Abschiebungen Minderjähriger nach Marokko das Kindeswohl nicht berücksichtigt wird. Die Organisation Human Rights Watch hat im Juli 2007 einen Bericht zur Unterbringung und Aufnahme von Minderjährigen auf den Kanarischen Inseln veröffentlicht, aus dem u.a. hervorgeht, dass viele minderjährige Flüchtlinge in isolierten „Notunterkünften“ untergebracht würden, in denen ihnen jeglicher Zugang zu Rechtsbeiständen und zum Asylverfahren versagt würde. Zudem seien die Unterbringungsbedingungen im Hinblick auf Betreuung und Fürsorge in den neuen Zentren alles andere als kindgerecht. Wir erwarten, dass die spanische Regierung den von Human Rights Watch veröffentlichten Bericht sorgfältig auswerten und kurzfristig gemeinsam mit den Regionalregierungen entsprechend notwendige Veränderungen zum Wohl der minderjährigen Migranten und Flüchtlinge umsetzen wird.

Die Organisation Save the Children hat angesichts der Praxis der Repatriierung Minderjähriger kritisiert, dass die Interessen der Betroffenen nicht überprüfbar gewahrt würden. Vor diesem Hintergrund halten wir die pauschalen Behauptungen des spanischen Arbeits- und Sozialministers, dass das Kindeswohl am besten in der familiären Umgebung der Minderjährigen und in ihrem Herkunftsland gewahrt werden könne, für problematisch. Es geht vielmehr um das Wohl jeden einzelnen Kindes, das es zu jeder Zeit zu beachten gilt. Auf keinen Fall dürfen ausländerrechtliche Maßnahmen Vorrang vor dem Kindeswohl haben und zu Lasten der betroffenen Minderjährigen gehen. Insbesondere darf nicht sehenden Auges hingenommen werden, wenn Kinder und Jugendliche nach der Abschiebung ohne Hilfe oder gar Obdach bleiben.

Wir sehen trotz aller Kritik auch die positiven Aspekte der spanischen Migrationspolitik, insbesondere den Versuch, mit der Erteilung von Visa zur Arbeitsaufnahme, Wege für eine legale Einwanderung zu öffnen. Dies darf jedoch nicht zu Lasten von Flüchtlingen gehen, die

gale Einwanderung zu öffnen. Dies darf jedoch nicht zu Lasten von Flüchtlingen gehen, die Schutz brauchen. Die menschenrechtlichen Defizite an der Grenze und beim Umgang mit Minderjährigen müssen beseitigt werden. Die Absichtserklärung der spanischen Regierung im Zuge ihrer Migrations- und Entwicklungspolitik, die Achtung und Einhaltung der Menschenrechte stets zur obersten Priorität machen zu wollen, ist der richtige Ansatz, dem nun konkretes Handeln folgen muss.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jürgen Micksch
Vorsitzender